

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Ercheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch jede Postanstalt. — Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verjamlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wirtschaftsfragen nach dem Kriege

I. Allgemeines.

Das Ende des Krieges ist noch nicht da. Es ist auch nicht zu sehen, aber einmal muß es doch kommen. Daher könnte man die Frage stellen, was kümmert uns augenblicklich das was nach dem Kriege kommt, wir haben mit der Gegenwart genug zu tun, von ihr ist unser ganzes Sinnen und Wirken erfüllt. Zudem: Niemand weiß, wie der Friedensschluß ausfällt; davon aber ist die Gestaltung unserer Verhältnisse nach dem Kriege sehr stark abhängig.

Darin liegt gewiß viel Wahres. Unsere Hauptaufgabe ist und bleibt die Ueberwindung aller Schwierigkeiten, die der Krieg uns täglich bringt. Wir müssen sorgen und schaffen, damit unser Krieg innerlich gesund bleibt. Das geschieht, wenn es unseren Armeen an nichts mangelt, wodurch ihre Schlagfertigkeit irgendwie beeinträchtigt werden könnte. Das Wirtschaftsleben muß aufrecht erhalten bleiben, die Ernährung des Volkes sicher gestellt und zu erträglichen Preisen vermittelt werden. Von den zuletzt erwähnten Faktoren ist die innere Schlagfertigkeit unseres Volkes, der Wille zum Durchhalten abhängig. Wir haben im Laufe des Krieges erfahren müssen, welche Anstrengungen dies erfordert. Und wenn wir glaubten, diesem Ziele nahegekommen zu sein, taten sich andere, neue Schwierigkeiten wieder auf. Unsere beste Kraft verzehrt sich fast im Kampfe damit.

Auch ist es richtig, daß von der Art des Friedensschlusses die Entwicklung unserer gesamten inneren und äußeren Verhältnisse wesentlich beeinflusst wird. Es ist nicht einerlei, ob die Grenzen Deutschlands diese oder jene Erweiterung erfahren, ob wir Kolonien verlieren oder neue hinzugewinnen, ob wir eine Kriegsschuldung überhaupt und in welcher Höhe erhalten, ob wir mit unseren heutigen Gegnern günstige Handelsverträge abschließen können oder nicht. Trotzdem kann und darf uns dieses nicht abhalten, uns mit der voraussichtlichen Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege zu befassen, soweit wir sie jetzt schon mit ziemlicher Sicherheit erkennen können und wie man sie aus den inneren und äußeren Erscheinungen logisch folgern muß. Insbesondere auch mit denen, die unseren Beruf direkt berühren, wovon unsere Interessen, aber auch die der Arbeiterschaft allgemein, stark erfaßt werden.

Was uns zunächst mit Abschluß des Krieges bestimmt erwartet, ist, daß wir wiederum eine große wirtschaftliche Umwälzung vorzunehmen haben. Unsere Industrie ist im Laufe der Kriegsmomente in ihrer Haupttätigkeit auf den Kriegsbedarf eingestellt worden. Sie muß alsdann ein strammes Kehrt machen, muß sich von der Kriegsproduktion wieder der Friedensproduktion zuwenden. Eine solche Umwandlung geht nicht von heute auf morgen vor sich. Bis damit ein normaler Zustand erreicht ist, wird längere Zeit vergehen. Der Mangel an Rohstoffen und Halbfabrikaten, der nur durch die Einfuhr vom Auslande zu beseitigen ist, wird nicht in einigen Wochen überwunden sein. Dafür ist der Bedarf zu groß, das überseeische Transportmaterial, das durch den Krieg auch noch erheblich vermindert worden ist, wird nur allmählich den Anforderungen genügen können. Die Handelsbeziehungen müssen erst wieder neu geknüpft, die Absatzmärkte neu geordnet werden. Das Arbeitspersonal der ehemaligen Friedensproduktion ist erschüttert, die Entlassung der im Felde stehenden Mannschaften wird nicht auf einmal vor sich gehen können. Das hängt schon davon ab, inwieweit fremde Gebiete nach dem Kriege noch von uns besetzt bleiben und daher die Entlassung nur allmählich erfolgen kann.

Dieser Umwandlungsprozeß wird eine geraume Zeit beanspruchen, wie es auch mit der Anpassung an die Kriegserfordernisse der Fall war. Nach Ueberwindung dieser Schwierigkeiten werden wir aber wohl mit einer lebhaften industriellen Tätigkeit zu rechnen haben. Man muß bedenken, daß während des Krieges die menschlichen Bedürfnisse wenigstens

in Deutschland in den weitesten Schichten aufs äußerste eingeschränkt worden sind. Teilweise aus Mangel an Mitteln, teilweise weil aus Mangel an Rohmaterialien die Erzeugung bestimmter Waren eingeschränkt oder verschlechtert werden mußte. Selbst die Befriedigung dringender notwendiger Bedürfnisse mußte zurückgestellt werden. Diese verlangen nunmehr ihre Verwirklichung. Hinzukommt die Leere unserer Vorratskammern mit Halb- und Ganzfabrikaten, die, wie dies ein großzügiger Handel erfordert, wieder aufgefüllt werden müssen. Weiter treten hinzu die durch den Krieg angerichteten Zerstörungen in unseren eigenen Gebieten und in den fremden, soweit sie an uns oder an uns befreundete Mächte fallen. Diese Zerstörungen betreffen alle materiellen Gebiete menschlicher Bedürfnisse. Insbesondere wird die Eisenindustrie und das Baugewerbe durch die enormen baulichen Zerstörungen ein weites Tätigkeitsfeld erhalten.

Nehmen wir somit an, daß sich in kürzerer Frist nach dem Kriege ein lebhaftes Wirtschaftsleben entwickelt, so weiß man jedoch nicht, wie lange dies vorhält. Es kann einige Jahre dauern und dann wieder abebben. Wir wissen aus der Erfahrung, daß nach dem Krieg von 1870/71 auch für einige Jahre eine lebhafte Hochkonjunktur einsetzte. Die Löhne gingen sprunghaft in die Höhe, es schwamm sozusagen alles im Geld. Wir kennen diese Zeit unter der Bezeichnung Gründerjahre. Auf sie folgten aber viele Jahre wirtschaftlichen Tiefstandes, die Löhne sanken so tief wie nur möglich, die Auswanderung aus Deutschland nach überseeischen Ländern nahm rapide zu. Gewiß liegen die Verhältnisse diesmal anders wie zu jener Zeit. Die umfangreichen Unternehmungen in den Gründerjahren hatten kein solides Fundament unter sich. Deutschlands Industrie und Handel bedeuteten in der Welt recht wenig. Die Hoffnung auf den Milliardenfrieden, der sich mit den fünf Milliarden französischer Kriegsschuldung über das neue deutsche Reich ergoß, war in seiner Wirkung weit überschätzt worden. Heute dagegen ist unsere Industrie innerlich gefestigt, deutsche Erzeugnisse sind in der Welt bekannt und begehrt. Die reichen Verdienste während des Krieges haben weiten Teilen unserer Industrie noch größeren inneren Halt verliehen. Insofern sind somit die heutigen Verhältnisse gegenüber den nach dem Kriege von 1870/71 grundverschieden.

Andererseits liegt die Frage, ob sich nicht in kürzerer Zeit nach dem Kriege unsere durch denselben im allgemeinen geschwächte wirtschaftliche Kraft in stärkerem Maße geltend macht. Gewiß ist durch die Abspernungstaktik unserer Feinde das Geld in unserem Lande gebildet, obwohl Teile davon immerhin nach dem Auslande abgefließen sein werden. Darüber wissen wir jedoch heute noch nichts, das werden wir erst nach dem Kriege erfahren, ob die Einfuhr aus neutralen Ländern nach uns unsere Ausfuhr nach dort überstiegen hat, obwohl dies auch noch kein sicherer Maßstab dafür ist, ob und in welchem Umfange wir unser Nationalvermögen durch Zahlungen an das Ausland vermindern mußten.

Wenn nun auch das Geld im eigenen Lande geblieben ist, so sind doch sehr weite Kreise unseres Volkes ärmer durch den Krieg geworden. Eine starke Vermögensverschiebung ist eingetreten, die Kapitalmengen haben sich in einzelnen Händen erheblich gehäuft. Vor allem aber ist die öffentliche Verschuldung enorm gestiegen, wir wissen nicht, ob sie durch eine von unseren Feinden zu zahlende Kriegsschuldung wesentlich gemildert wird. Die aufgenommenen Kriegsanleihen sind in schnellem Umschlag wieder ins Volk, oder besser gesagt an bestimmte Teile davon, gekommen, um alsdann wieder zu neuen Anleihen zurückzuführen. In diesem eigenartigen Kapitalbildungsprozeß haben alle die mitgeholfen, die die Kriegskonjunktur im allgemeinen nach Kräften ausnützten. Zu der Verzinsung der vermehrten Staatsschulden treten die anderen Aufgaben aus den Folgen des Krieges. Die Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge, ferner der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sowie die Wiederherstellung der im Kriege abgenutzten Geräte erfordern sehr große Mittel. Es wäre betrübend, wenn

sich gerade hier eine unangebrachte Sparsamkeit geltend machen wollte. Wir haben mithin mit erheblichen steuerlichen Neubelastungen zu rechnen. Dazu bleibt abzuwarten, ob die anormal gesteigerten Lebensmittelpreise wieder auf den Stand vor dem Krieg zurückkehren. Mit einem beendeten Krieg hat nicht auch zugleich die Spekulation ihr Ende gefunden, das lehrt uns die Geschichte. Ja mitunter hat sie erst nach dem Kriege ihren Höhepunkt erreicht, jedenfalls war dies in den Jahren nach dem Krieg von 1870/71 der Fall. Diejenigen, die sich heute an den hohen Gewinnen berauschen, werden nicht sogleich bereit sein, mit dem Ende des Krieges davon abzulassen. Die auch nach dem Kriege zunächst noch gestört bleibenden Weltverkehrswege und die Beziehungen des Welthandels werden ihnen das Geschäft erleichtern. Die ohnehin durch den Krieg geschwächte Stauplast der breiten Masse würde dadurch weiter geschwächt bleiben, mindestens ihre Erholung verzögert werden. Ob ein voller Ausgleich für eine verbleibende Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber der Zeit vor dem Kriege und der zu erwartenden öffentlichen Neubelastung durch Lohnerhöhungen herbeigeführt werden kann, bleibt zunächst noch sehr zu bezweifeln. Jedenfalls warten hier die Gewerkschaften sehr große Aufgaben.

Nicht unerwähnt darf die überaus kritische Kreditfrage bleiben. Nach dem Kriege wird das Kreditbedürfnis aller Voraussicht nach ein überaus großes sein, durch die Kriegszinsfälle ist ohnehin schon eine Verschärfung herbeigeführt. Dem gegenüber stehen allerdings die in privaten Händen angehäuften Kapitalmengen, die, wenn werbend angelegt, das allgemeine Wirtschaftsleben erheblich und zwar günstig beeinflussen werden.

Den hindernden Erscheinungen treten fördernde gegenüber, die sich allerdings nicht alle heute schon genau umschreiben lassen. Günstige Handelsverträge, wirtschaftliche Betätigung im Ausland, wenn auch vorläufig in größerem Umfange nur in den mit uns verbündeten und den sich gegenwärtig neutral verhaltenden Staaten, ein allgemein sparsames Wirtschaften und ein zäher, vorwärts drängender Wille vermögen unendlich viel, so daß die von uns angeführten, mit Sicherheit zu erwartenden Nachfolgen des Krieges in ihrer Wirkung erheblich abgeschwächt werden können. Wir rechnen uns zu den Optimisten und erwarten das letztere. Wir haben mit vielem neu anzufangen nach dem Kriege, werden in manchem zurückgeworfen sein, demgegenüber stehen die neu gewonnenen Erfahrungen des Krieges und der kühne Wille, alle entgegertretenden Schwierigkeiten ebenso zu überwinden wie das gegenwärtig geschieht, um eine lichtere Zeit für das deutsche Volk herbeizuführen.

Um die Teuerungszulage

Die organisierten Arbeitgeber haben, wie bekannt ist, es abgelehnt, offiziell, das heißt von Organisations wegen eine Teuerungszulage mit den Arbeiterorganisationen zu vereinbaren. Infolge dieser Ablehnung waren letztere natürlich nicht imstande, den entsprechenden Druck hinter ihre Auffassung zu stellen, da sie sonst mit den tariflichen Bestimmungen in Konflikt gekommen wären. Die Verhältnisse haben aber auch hier von selbst für die Korrektur von unheilbaren Zuständen geforgt; denn weite Arbeitgeberkreise sind ohne weiteres zur Zahlung von Teuerungszulagen geschritten, wenn nicht mit, dann ohne Billigung ihrer Organisation, vielfach ohne deren Wissen und in versteckter Form. Die Arbeitgeberverbände, die einsehen, daß ihnen die Dinge aus den Händen gleiten, versuchen nun möglichst zu bremsen. So sieht sich der Berliner Arbeitgeberbund genötigt, folgendes Schreiben an seine Mitglieder zu richten:

Berlin, den 5. November 1915.

Geehrter Herr Kollege!

1. Der Gesamtausschuß hat vor einigen Tagen mit denjenigen Verbandsmitgliedern, welche zur Zeit, jor...

es ihm bekannt ist, beschäftigt sind, über die mißliche Lage des Arbeitsmarktes eingehend beraten. Es wurde festgestellt, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Mitgliedern des Verbandes in der herrschenden Notlage Zusätze zu den Tariflöhnen zahlte, bzw. den Arbeitnehmern Vergünstigungen zukommen lasse, welche mit den Bestimmungen der Tarifverträge nicht zu vereinbaren sind. Wie es vorauszusehen war, hat sich die Lage des Arbeitsmarktes dadurch erheblich verschlechtert. Eine Firma wird gegen die andere ausgespielt, und die Lohnforderungen steigern sich fortgesetzt. Diesen Zuständen muß unbedingt ein Ende bereitet werden. Die oben erwähnte Versammlung der Firmen, welche zur Zeit Arbeitnehmer in größerer Anzahl beschäftigen, gab dem festen Entschluß Ausdruck, weiteren Forderungen der Arbeitnehmer unter keinen Umständen nachzugeben.

Der Gesamtanschuß hat deshalb in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, an alle Mitglieder des Verbandes das dringende Ersuchen zu richten, von nun an keinerlei Erhöhungen der Löhne, Kriegs- oder Teuerungszulagen oder sonst irgendwelche Vergünstigungen zu bewilligen. Von jetzt ab muß erwartet werden, daß der Beschluß des Verbandes auf alle Fälle innegehalten wird.

Nach jahrelanger Arbeit sind die Tarifverträge im Baugewerbe Groß-Berlins ausgebaut und gefestigt worden. Das Errungene zu erhalten ist Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes. Jeder muß sich seiner Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber bewußt sein. In diesen ernsten Zeiten muß sich die freiwillig übernommene Disziplin bewähren. Sie verlangt unter Umständen von dem Einzelnen Opfer und Unbequemlichkeit; aber sie beansprucht mit vollem Recht, daß ein jeder unbedingt dem Verbands treue bewahrt, und schützt letzten Endes besser als alles andere diejenigen, welche in Einigkeit und Festigkeit zusammensitzen.

Die Verbandsmitglieder sind in Zukunft verpflichtet, von jeder Forderung der Arbeitnehmer, von jedem Verstoß gegen die Tarifverträge dem Verband umgehend schriftlich Mitteilung zu machen. Wir werden in jedem einzelnen Falle mit den in Betracht kommenden Firmen verhandeln, ihnen raten und helfen und alles einsetzen, um einer weiteren Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes Einhalt zu tun.

Als selbstverständlich wird dabei angesehen, daß Arbeitnehmer, die bei einem Verbandsmitgliede die Arbeit liegen lassen, weil ihnen tarifwidrige Forderungen nicht bewilligt wurden, von keinem anderen Verbandsmitglied eingestellt werden dürfen. Ebenso wie jedes Verbandsmitglied die Zumutung ablehnen wird, einen Auftrag zu übernehmen oder Arbeiten auszuführen, die ein anderes Mitglied wegen der jetzigen Notlage nicht fördern konnte, weil es von den Arbeitnehmern, Fuhrgeschäften und Lieferanten im Stiche gelassen wurde.

Die Mitglieder in allen berechtigten Wünschen und Ansprüchen zu unterstützen, ist gern und bereitwillig gelebte Pflicht des Verbandes. Wir stellen anheim, die Hilfe des Verbandes in Anspruch zu nehmen, wo es nötig erscheint, und werden uns jeder Sache mit Eifer und Sorgfalt annehmen.

2. Von Verbandsmitgliedern, welche die Lohnforderungen der Arbeitnehmer mit dem Hinweis ablehnten, daß derartige Forderungen nicht an sie als einzelne Firma,

sondern an den Verband der Baugeschäfte gerichtet werden müssen, wird uns mitgeteilt, daß die Arbeitnehmer ihnen antworteten, seitens des Verbandes seien alle derartigen Forderungen abgelehnt worden. Derartige Angaben gegenüber halten wir es für richtig, darauf aufmerksam zu machen, daß von den Organisationen der Arbeitnehmer, mit denen wir die Tarifverträge abgeschlossen haben, keine Anträge auf Zulagen oder Lohnerhöhungen an den Verband gestellt worden sind.

Mit kollegialem Gruß!

Der Vorstand.

Geuer, Fiedler, Schröder.

Wir wissen nicht, ob die in diesem Schreiben gemachten Angaben alle richtig sind. Wir glauben aber kaum, daß die Arbeiter sich eine Lohnerhöhung durch Drohen mit Arbeitseinstellung zu erzwingen trachten. Das wäre ein Verstoß gegen den Tarif. Es wird wohl nicht anders sein, als daß die Arbeitgeber ihren Leuten von selbst Lohnzulagen gewähren, auch geäußerten Wünschen entgegenkommen. Diese Arbeitgeber setzen sich damit nicht in Widerspruch mit dem Tarifvertrag, der ihnen nicht verbietet, einen höheren Lohn zu zahlen, wie er auch nicht den Arbeitern verbietet, einen höheren Lohn zu nehmen. Beide fahren gut dabei. Wir hätten es natürlich auch vorgezogen, von Organisations wegen eine Regelung zu treffen, nachdem der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe dies aber ablehnte, mußte man den Dingen ihren Lauf lassen. Wenn sie nun etwas hinterbunt zu werden drohen, wird man dies als eine unvermeidliche Folge des Krieges hinzunehmen haben.

Krieg und Krankenkassen

Der gegenwärtige Krieg stellt an die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterversicherung ungewöhnlich hohe Anforderungen. Darauf hat das Reichversicherungsamt in seinem Rundschreiben vom 14. August 1911 bereits hingewiesen. Die Versicherung, daß manche Krankenkasse leistungsunfähig werde, weil die zum Versicherten eingezogenen Mitglieder als gute Zahler wegfielen, andererseits die Intensität der Arbeit, Arbeitslosigkeit und Nahrungsfragen die Ansprüche an die Krankenkassen erhöhen, hat zu vorübergehenden gesetzlichen Maßnahmen geführt. Das Reichsgesetz vom 1. August 1911 hat die Leistungen der Kassen auf das unbedingt Notwendige, auf die gesetzlichen Regelleistungen beschränkt. Gleichzeitig wurden die Beiträge auf 1/2 v. H. des Grundlohnes festgesetzt und für den Fall, daß diese Maßregeln nicht ausreichen, die Zuschusspflicht der Gemeinden und die der Arbeitgeber angeordnet. Den verlassenen Kriegsteilnehmern wurde dadurch entgegengekommen, daß ihnen das Recht auf Weiterversicherung auch beim Aufenthalt im Ausland zugestanden und den Anspruch auf die Regelleistungen der Kassen zu erhalten ihnen möglich gemacht wurde. Den Versicherungsberechtigten wurden Vergünstigungen bezüglich der Wartezeit zugelassen und durch Gesetz ausgedrückt, daß sie nach Rückkehr vom Kriegs- oder Sanitätsdienst binnen sechs Wochen ihre Mitgliedschaft bei den Kassen wieder aufnehmen können.

Die Befassung der Krankenkassen durch die Kriegsergebnisse wird sich erst später übersehen lassen. Aber heute steht schon fest, daß manche Kassen ganz beträchtliche Mehrausgaben und gegen früher Mindereinnahmen haben. Hätten alle Versicherten beim Eintritt zum Heer ihre Mitgliedschaft aufrechterhalten, würde die finanzielle Befassung der Kassen heute schon mehr in Erscheinung treten. Viele haben auf das Recht der Weiterversicherung verzichtet oder es übersehen. Bei der Orts-

frankenkasse Regensburg haben nach Ausbruch des Krieges von 1884 ausgeschiedenen männlichen Versicherten nur 68 sich weiterversichert, obwohl die Kassenverwaltung die Versicherten auf ihre Rechte öffentlich aufmerksam gemacht hat. Die allgemeine Ortskasse in Berlin hat seit Ausbruch des Krieges bis zum 1. Oktober 1915 einen um 57 100 Mitglieder geringeren Stand. Die Ortskasse München ist von rund 200 000 Mitgliedern bis zum 1. Oktober 1915 auf 138 257 Mitglieder zurückgegangen. Ein großer Teil dieser Mitglieder kehrt nach dem Kriege wieder zurück, davon ein Teil krank oder mit Krankheitskeimen in sich. Nach Wiederaufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, oder die Versicherungsberechtigten nach Wiedereintritt, werden sie die Kassen auch bei Krankheiten, die sie sich beim Kriegsdienst zugezogen haben, in Anspruch nehmen.

Wie hoch die Mehrausgaben durch diese Inanspruchnahme sein werden, ist schwer zu berechnen. Nimmt man an, daß zwei Millionen Krankenversicherte zu den Waffen gerufen wurden und von diesen nur 5 v. Hundert erkrankten, kämen 100 000 Kranke in Betracht. Nach der neuesten Statistik betragen die Krankheitskosten 1913 auf ein durchschnittlich vorhanden gewesenes Mitglied 28,80 M. Bei den Krankenkassen sind die Krankheitskosten am höchsten, 10,15 M. durchschnittlich pro Kopf und Jahr. Die Mehrausgaben für die Krankenkassen würden nach letzterem Satz, den man sich zugrunde legen muß, 4,15 Millionen Mark mehr betragen. In Betracht gezogen ist hier nicht das sich im Laufe der Jahre verschlechternde Risiko, durch Zunahme der Krankheiten bei den Kriegsteilnehmern, die Verschlebung der Mitgliederzahlen nach den unteren Klassen infolge der Zunahme der weiblichen Versicherten und anderes.

Die infolge der Kriegsvorgänge wachsenden Lasten der Krankenversicherung allein den Kassen bzw. den Arbeitgebern und den Gemeinden zu überantworten, wäre nicht recht. Hier wird das Reich helfen eingreifen müssen. Bei den ungeheuren großen Ansprüchen steht und nach dem Kriege an den Reichsäckel ist das gewiß nicht so einfach. Dennoch erscheint es nicht unbillig und nicht unmöglich, für die bedrängten Krankenkassen Reichshilfe zu verlangen und ihnen eine solche zu gewähren.

Die Schweiz kann hier als Vorbild dienen. Das Bundesgesetz vom 13. Juni 1911, betreffend die Kranken- und Unfallversicherung, sieht unter gewissen Voraussetzungen staatliche Beihilfen an die Krankenversicherungskassen vor. Der Bundeszuschuß wird alljährlich ausbezahlt. Er beträgt in der Regel 3,50 bis 5 Fr. pro Versicherten. Kassen, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie z. B. die in Gebirgsgegenden, erhalten höhere Zuschüsse. Außerdem zahlt der Bund den Krankenkassen eine Beihilfe von 20 Fr. für jeden Fall einer Schwangerschaft, sowie ein Stillgeld von 20 Fr. für jede Wöchnerin, die ihr Kind 10 Wochen lang selbst stillt.

Vielleicht ist der Weg, den das Bundesgesetz von 1911 vorgezeichnet hat, auch für das Deutsche Reich gangbar. Eine ordnungsgemäße Krankenfürsorge auch nach dem Kriege muß für alle Fälle gesichert werden.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Johann Zimmer IV**, Mitglied der Zahlstelle Schentelsberg; **Gesetzer Joh. Lang** aus Friedhofen, Mitglied der Zahlstelle Wanne; **Unteroffizier Blasius Kräutle**, Mitglied der Verwaltungsstelle Stuttgart; **Unteroffizier Heinrich Engelhardt** aus Kesselöden, Mitglied der Verwaltungsstelle Traumschweiz; derselbe erhielt außerdem das **Braunschweigische Verdienstkreuz**; **Reinhold Wiegand**, Mitglied der Zahlstelle Rasdorf; **Unteroffizier Paul Tische**, Mitglied der Verwaltungsstelle Görlitz; **Eugen Lecouwey**, Mitglied der Zahlstelle Binsingen i. Lothr.; **Julius Reßler**,

Der Weber singt im Schützengraben

von Heinrich Lerch

Wie lang ist's, daß der Webstuhl ging?
Daß Schuß und Kette sich verding?
Das Rieth sich hoch, das Schiffchen flog,
Daß es der Spule Fäden zog?

Lang ist es her — das Schicksal weht,
Das Lebenstuch dem Volk, das strebt.
Der Webstuhl ist der harter Krieg,
Und was er weht, das ist der Sieg.

Die Kette ist der Mäurer Zahl,
Der Schuß, das ist des Todes Qual.
Die Bindung ist der rasche Tod,
Der färbt die weißen Fäden rot.

Die roten Fäden halten gut.
Die spannen das Land aus Mut und Blut,
Die halten nun das Band so fest,
Daß es sich nicht zerreißen läßt.

Das Leben treibt den Webstuhl an,
Nun singe wir alle, Mann an Mann.
Der Herr ist unser Vaterland,
Das Land und unsern Glanz und Schmuck.

Sieh, Webstuhl, laß es gehn die Zeit.
Er will dich jeder Tag dir weihn.
Da bist du Kette, ich der Schuß —
Da lebst du, weil ich sterben muß.

Aus dem Sextantessel Champagne.

Frankreich, den 14. 11. 15.

Lieber Freund!

Deinen Brief vom 30. 10. habe ich erhalten und sage meinen besten Dank. Daß Kollege Hilbrand schon so lange Soldat ist, habe ich noch gar nicht gemerkt. Hoffentlich gefällt es ihm bei den Preußen. Wir geht es ja noch immer gut. Jetzt, wo wir wieder mal die schweren Tage der Champagne hinter uns haben, hält man es schon aus. Die Franzosen haben durch ihre Offensiven uns aus unserm schönen Quartier gelockt. Als der Trübel hier anging, lagen wir bei . . . in Ruhe. Vom 3. 8.—29. 9. waren wir in . . . nach der jetzigen Bezeichnung . . . 12 Kilometer nördlich Metz in Quartier. Ganz plötzlich kam der Befehl zum Abrücken und brachte uns der Zug von Metz über . . . nach der Champagne. Kaumem wir noch etwas zurück zwei Tage ins Quartier kamen, ging es am 3. Oktober nach vorn. Von da ab war es mit der Ruhe vorbei. Jede Nacht und auch am Tage mußten wir im Granatfeuer arbeiten und unsere verwundeten Kameraden aus der Feuerlinie heraus in Sicherheit bringen. Da das Gelände in der Champagne hinter unserer Front ziemlich flach ist und die Franzosen Tag und Nacht mit ihrem Stren- und Sperrfeuer wüsten, so war es sehr schwierig, an die Stellung heranzukommen. Fast jeden Tag hatten wir Verluste an Toten und Verwundeten. Manchmal schien es unmöglich, durch das rauchende Feuer hindurchzukommen. Doch der Befehl ließ, die Verwundeten müssen heranzu- und werden sie auch geholt. Am 3. und 4. Oktober war das Artilleriefeuer schon sehr heftig. Das am 5. und 6. Oktober hier gespielt wurde, läßt sich gar nicht in Worten ausdrücken. Die Luft schien in Trümmern zu stehen. Die ganze Gegend bis weit hinter unserer

vordersten Front war in Rauch, Feuer und Gas gehüllt. Unsere Artillerie gab es den Franzosen ordentlich zurück. Es war grauig anzusehen. Ein fürchterliches Gausen und Rauschen in der Luft. Dazwischen das Krachen der schweren Granaten und Schrapnell. Ich war vom 5. 10. mittags bis 6. 10. abends draußen, konnte also dies furchtbare Würgen miterleben. Am 6. 10. früh 6 Uhr steigerte sich das französische Artilleriefeuer noch, und mußte jeder, daß der Sturm der französischen Infanterie bald erfolgen würde. Ich war so ungefähr um 6 1/2 Uhr in unserem Unterstand, welcher ungefähr 800 Meter hinter unserer vordersten Stellung lag, angekommen, so setzte das Gewehr- und Maschinengewehrfeuer ein. Alles Artilleriefeuer legten die Franzosen nun wieder zurück. Bei unserem Unterstand und noch viel weiter zurück regnete es nur so von Granaten. Unser Unterstand erhielt einen Treffer am Eingang. Es wurde wie durch ein Wunder niemand verletzt. Nach einer Weile sahen wir, daß es den Schwarzen gelungen war, die Linie vor uns zu durchbrechen. In großen Scharen stürzten sie vorwärts. Unsere Infanterie feuerte kräftig zwischen sie, doch unter tierischem Geheul drangen diese wilden Bestien vor. Als sie noch ungefähr 40—50 Meter von unserem Unterstand entfernt waren, rückte ich mit noch vier meiner Kameraden aus und ließen die Chaussee herunter nach . . . zu. Obwohl rechts und links Granaten einschlugen und Gewehrfeuer uns nur so um die Ohren pöste, wurde von uns niemand getroffen. 13 Granatenträger, die nicht schnell genug ausriffen, nahm die schwarze Bande gefangen, plünderte sie aus und schickte sie zurück. Mit welchen Schaulust in Gestalt der schwarzen man es zu tun hat, das bezeugt, daß nach unsagen unserer Kameraden die Schwarzen unsere Artillerie an einem kleinen Hang aufstellten, um sie zu beschützen. Im letzten Augenblick kam ein leicht verwundeter franz-

Mitglied der Zahlstelle Brühl 6. Kottenburg; **Wihl**, **Wistuba** und **Pius Münzer**, Mitglieder der Zahlstelle Friedersdorf; **Theodor Weiler**, Mitglied der Zahlstelle Cöln-Sülz. Die hessische Sappferkettensmedaille erhielt der Kollege **Wihl**, **Schlamm** aus Bangendernbach, Mitglied der Zahlstelle Cöln. Zum Unteroffizier befördert wurde der Kollege **Franz Weber**, Mitglied der Zahlstelle Nassdorf. Unsern Glückwunsch.

Postsendungen an Kriegsgefangene. Das Reichspostamt gibt bekannt: „Auf Postsendungen, insbesondere auf Postanweisungen an Kriegsgefangene in Frankreich, ist zur Verhütung der Unschlüssigkeit der Sendung oder des Betrages an Unberechtigte gleichen oder ähnlichen Namens hinter dem Namen des Empfängers turkisch noch die Matrikelnummer (Kontrollnummer) anzugeben, unter der der Gefangene in Frankreich geführt wird. Bei Postanweisungen gehört diese Angabe auf den Abschnitt (Rückseite).“

Herabsetzung der Altersgrenze. Wie bestimmt verlautet, soll dem Reichstag noch in diesem Jahre eine Vorlage über die Herabsetzung der Altersgrenze zugehen. In Art. 84 des Ausführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung ist vorgesehen, daß dem Reichstag i. J. 1915 die Frage der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre erneut zur Beschlußfassung vorzulegen ist. Nach einer Stellungnahme soll der Bundesrat in einer Sitzung am 4. d. M. beschließen haben, die Herabsetzung der Altersgrenze in der Vorlage für den Reichstag nicht zu empfehlen. Die Herabsetzung der Altersgrenze würde eine Erhöhung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung notwendig machen und eine Verheerung des Reiches mit dem Reichszuschuß zur Folge haben. Beides könne im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht befürwortet werden. — Sollte diese Meinung zutreffen, dann wäre dies sehr zu bedauern.

Leeres Schuhzeug. In voriger Nummer der „Bauernschaft“ teilten wir mit, daß der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen eine Einlage an die Regierung gerichtet hat, in der um eine kräftige Herabsetzung der Richtpreise für Leder ersucht wird. Daraufhin ist vom Reichsamt des Innern der Bescheid zugegangen, daß die dazu notwendigen Schritte bereits eingeleitet sind und in der Richtung der in dem Schreiben vorgebrachten Wünsche verfolgt werden. — Danach darf man wohl erwarten, daß die Preise für Leder in absehbarer Zeit so gestellt werden, daß dann die Versorgung mit Schuhzeug und seiner Instandhaltung zu erschwinglichen Preisen möglich sein wird.

Arbeiterschutts-Verordnungen. Infolge der durch den Kriegseinsatz bedingten Intensität der Arbeit sind die schärferen Arbeiterschuttsbestimmungen für die Arbeiter in der Großindustrie ein weiteres Jahr suspendiert worden. Nach wiederholtem Drängen und Verhandlungen im Reichstag ist am 4. Mai 1914 eine Bekanntmachung des Reichsanzlers, „betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie“, ergangen. In derselben wurden Vorschriften erlassen zur Verkürzung einer überlangen Arbeitszeit, zur besseren Sicherung der Sonntagsruhe, sowie über Zeit und Dauer der Pausen während der Arbeitsstunden. Diese Bestimmungen sollten an Stelle der Verordnung von 1908 im allgemeinen am 1. Dezember 1914 in Kraft treten, wurden aber zunächst um ein Jahr, jetzt bis zum 1. Dezember 1916 hinausgeschoben. Daß dies geschehen muß, ist um so bedauerlicher, als es sich hier um eine Arbeiterschaft handelt, die ohnehin schwer angegriffen und nicht geringen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt ist. Dagegen ist durch Bekanntmachung vom 7. November bis auf weiteres die Arbeitszeit in der Textilindustrie auf höchstens 50 Stunden in der Woche, ausschließlich der Pausen, beschränkt worden. Manche Betriebe haben ganz

Öffizier dazu und wehrte die Wunde mit dem Revolver ab. Unsere Reservetruppen hatten jedoch hinter den durchgedrungenen Franzosen die Klappe wieder zugemacht und was noch lebte, gefangen genommen. Es waren über 500. Unsere Krankenträger wurden ebenfalls wieder befreit. Ein Kamerad meiner Gruppe, der auch gefangen war, erhielt in dem Tumult einen tödlichen Schuß. Außerdem hatten wir noch sechs Verwundete. Die Franzosen hatten wieder mal nichts erreicht. Sie hatten sich wieder den Schädel eingelaufen. Überall lagen tote Franzosen herum. Ungeheure Verluste haben sie in den Tagen ihrer Offensive erlitten. Die deutsche Mauer steht fest, durchkommen sie nicht. Das riefen uns unsere braven Kameraden von der Infanterie zu, wenn wir abends zu ihnen nach vorn kamen. Von dem Kampfgelände hier vorn kannst Du Dir wohl schwer eine Vorstellung machen. Überall ist der Boden aufgewühlt. Granattrichter an Granattrichter. Stellenweise sieht es aus, als wenn man vor einem Berg von Schutt und Steinen steht. Wohin man sieht, liegen französische Blindgänger. Darunter solche schwersten Kalibers. Wie eine riesige Zigarre sehen sie aus, und man freut sich, daß sie ohne Schaden anzurichten, liegen geblieben sind. Wir kamen dann am 16. 10. etwas weiter zurück. Vorn ist es auch wieder etwas ruhiger geworden. Das Wetter ist jetzt nicht sehr angenehm. Alle Tage Regen. Hoffentlich wird es bald besser. Wir werden ja auch hier nicht mehr lange bleiben. Wir wollen hoffen, daß es nicht mehr so lange dauert, und der ersuchte siegreiche Friede krönt die Arbeit der deutschen Waffen. Nun leb wohl auf ein frohes Wiedersehen.

Viele Grüße an Dich und Deine Familie sowie die übrigen Kollegen sendet

R. Thorad.

geschlossen. Eine Hilfsaktion für die erwerbslosen Arbeiter ist in der Durchführung begriffen.

Spiritus statt Speisefartoffeln. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat in einer Eingabe die baldige weitere Herabsetzung der zu hohen Preise für Kartoffel-Trocken- und -Stärkeerzeugnisse und für Kartoffelspiritus verlangt. Die überaus hohen Fabrikpreise für diese Erzeugnisse führen zu einer unnatürlichen Ueberwertung der Kartoffeln, so daß z. B. in der Spiritusbrennerei selbst die geringsten Kartoffeln noch mit 8-8,50 M für den Doppelzentner verwertet werden, während der doch gewiß ausreichende Erzeugerhöchstpreis für Speisefartoffeln 5,50 M beträgt. Die Folge davon ist, daß die Kartoffelproduzenten, namentlich des Ostens, ihre Kartoffeln lieber für die Fabriken und Brennereien reservieren, statt sie zu den Höchstpreisen an die kartoffelarmen Bezirke des Westens abzuführen. Darum ist ein weiterer Abbau der Preise für Spiritus und Kartoffelfabrikate dringend geboten, zumal sich ja mit der Herabsetzung der Brennspirituspreise auch die Möglichkeit der Benutzung von Spiritusglühlicht für die unbemittelte Bevölkerung erweitert.

Unerklärliche Preisunterschiede. Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schneberg, Dr. Kuczynski, veröffentlicht einen Aufsatz, in dem er auf folgende unerklärliche und jedenfalls unrichtige Preisunterschiede hinweist: „Nach der amtlichen preussischen Statistik, die 51 größere Städte umfaßt, betrug im September der Kleinhandelspreis für 1 Pfund Weizenmehl in Straßburg 21 Pfg., dagegen in Cottin 35 Pfg.; für 1 Pfund Roggenmehl in Memel 18 Pfg., in Kiel 32 Pfg.; für 1 Pfund Weißbrot in Danzig 25 Pfg., in Frankfurt a. M. 50 Pfg.; für 1 Pfund Roggenbrot in Berlin 15 Pfg., in Guben 30 Pfg. Wenn man auch zugibt, daß die verschiedenen Verhältnisse eine geringe Verschiedenheit des Preises begründen können, so sind doch so gewaltige Preisunterschiede schließlich unverständlich. Es läßt sich durchaus nicht einsehen, weshalb das Weißbrot in Frankfurt a. M. doppelt so teuer sein muß wie in Danzig, das Roggenbrot in Guben doppelt so teuer wie in Berlin. Des weiteren vergleicht Dr. Kuczynski die im September 1913 gezahlten Preise mit denen, die vor dem Kriege im Juli 1914 gezahlt wurden. Die Preissteigerung innerhalb dieser Zeit betrug in Danzig 10 Prozent, in Essen 81 Prozent bei Weizenmehl, in Straßburg 12 Prozent, in Meinsburg 100 Prozent bei Roggenmehl. Für Weißbrot ist der Kleinhandelspreis sogar in einigen Städten gestiegen, so in Düsseldorf um 18 Prozent, während er in Münster um 133 Prozent stieg. Für Roggenbrot sank der Preis in Memel um 7 Prozent, in Guben stieg er um 80 Prozent. Dr. Kuczynski fügt weiter aus, daß auch bei den meisten anderen Lebensmitteln, so bei Erbsen, Linsen, Hartweizen, Butter, Reis, Milch usw. starke Preisunterschiede vorhanden sind, die nicht minder ungerechtfertigt seien. Am auffälligsten seien die Preisunterschiede, die sich zwischen nahe gelegenen Orten geltend machten. So schwankte im Regierungsbezirk Potsdam der Preis für 1 Pfund Weizenmehl je nach der Gemeinde zwischen 25 und 40 Pfg., bei Roggenmehl zwischen 10 und 25 Pfg., bei Weißbrot zwischen 28½ und 38 Pfg., bei einem Liter Milch zwischen 12 und 30 Pfg., bei einem Ei zwischen 11 und 20 Pfg. Dr. Kuczynski meint, daß eine allgemeine Festsetzung von Höchstpreisen im Kleinhandel, die auch aus anderen Gründen erwünscht sei, zugleich die erstrebte Wirkung haben würde, die ungerichteten Preisunterschiede zwischen den einzelnen Orten zu beseitigen.“

Zentralisation in der Schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. Der Zentralisationsgedanke hat sich in den Gewerkschaften der Schweiz noch nicht in dem Maße durchdringen können, wie in unserer reichsdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Industrieverbände wie unsere großen Gewerkschaftsorganisationen gab es bisher noch nicht. Die Entwicklung der stark zentralisierten Arbeiterorganisationen und die Erfahrungen im gegenwärtigen Kriege, der das Wirtschaftsleben der Schweiz und damit auch die Gewerkschaften stark in Mitleidenschaft zieht, haben den Schweizerischen Gewerkschaften die Notwendigkeit zum Bewußtsein gebracht, eine umfassende Konzentration herbeizuführen. Wie der „Gewerkschafter“, das Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz (Nr. 28, 29 und 31, 1915), mitteilt, sind im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager schon mehrere Zusammenschlüsse zu Industrieverbänden in letzter Zeit zustande gekommen. So haben sich zunächst die Verbände der Metallarbeiter und Uhrenarbeiter verknüpfen. Die Tatsache, daß der letztere Verband eine Schuldenlast von annähernd einer halben Million Franken — herrührend aus einer großen Aussperrung im Frühjahr 1914 — in die neue Organisation bringt, hat die Metallarbeiter vor der Fusion nicht abschrecken können, die Uhrenarbeiter aber jedenfalls der Verschmelzung geneigt gemacht. Ferner haben sich die Verbände der Handels- und Transportarbeiter und Lebens- und Genussmittelarbeiter zu einer Organisation zusammengeschlossen. Eine weitere Verschmelzung ist beschlossen von baugewerblichen Fachverbänden: Holzarbeiter, Bauarbeiter, Zimmerer, Maler, Gießer und Steinarbeiter. Diese Fusion wird also noch weiter gehen als die unserer Bauarbeiterverbände in Deutschland. — Der christliche „Gewerkschafter“ schreibt, daß die christlichen Gewerkschaften der Schweiz dieser Entwicklung nicht teilnahmslos gegenübersehen dürften. Schon vor sechs Jahren sei in christlichen Arbeiterkreisen der Gedanke einer besseren Zusammenfassung der Berufsorganisationen eingeplant worden. Die zunehmende Macht der Arbeitergewerkschaften und die Vorgänge im sozialdemokratischen Lager legten es der christlich organisierten Arbeiterschaft nahe, sich erneut mit dieser Frage zu beschäftigen.

Der Berliner Arbeitsmarkt Anfang November

In der Woche vom 30. Oktober bis zum 6. November 1915 behielt der männliche Arbeitsmarkt seine günstige Entwicklung bei. In der Metallindustrie herrschte nach wie vor großer Bedarf an gelernten Arbeitern. Hier machte sich auch teilweise ein Mangel an ungerahnten Arbeitern geltend. Dasselbe war bei der chemischen Industrie der Fall, wo vielfach weibliche Arbeitskräfte eingesetzt werden mußten. Der Mangel an männlichen Arbeitern trat insbesondere auch im Baugewerbe und Expeditionsbetrieb zutage, während an ungerahnten trotz der andauernden Einberufung zum Heere noch Arbeiter nach Ostpreußen und Essen vermittelt werden konnten.

Gegenüber der günstigen Lage des männlichen Arbeitsmarktes zeigte der weibliche bei den an die Verzichtserhaltung angeschlossenen Arbeitsnachweisen eine Tendenz zum Abstieg. Während die Zahl der den öffentlichen Arbeitsnachweisen gemeldeten Stellen für männliche Arbeiter der Zahl der Arbeitssuchenden fast gleich kam und sich dementsprechend auch das Vermittlungsergebnis gestaltete, verhielten sich auf dem weiblichen Arbeitsmarkt offene Stellen und Stellenangebote etwa wie 1:2 gegenüber 2:3 der vergangenen Woche. Wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit erwies sich besonders die Landwirtschaft als nicht mehr aufnahmefähig für weibliche Arbeitskräfte. Andererseits zeigte sich auch in der Metall- und Textilindustrie hier und da ein Abflauen des weiblichen Arbeitsmarktes. Dasselbe trat bei der Nachfrage nach weiblichem Hauspersonal in die Erscheinung, wo ein starkes Angebot von weiblichen Arbeitskräften zu verzeichnen war. Demgegenüber gestaltete sich in der Berichtwoche die Lage der kaufmännischen weiblichen Angestellten sehr günstig.

Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen von Groß-Berlin betrug die Zahl der vermittelten männlichen Arbeitskräfte 3301 (3051*), die der weiblichen 2577 (2731*). In offenen Stellen waren für männliche Arbeiter 4231 (3925*) vorhanden, für Frauen 2831 (3297*). Die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden stellte sich auf 4362 (4321*), die der weiblichen auf 4817 (4618*).

Der Reichsanzler zur Lebensmittelfrage

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hatte an den Reichsanzler eine Eingabe in Sachen der Ernährungsforderung gerichtet. Daraufhin ist ihr von demselben folgende Antwort zugegangen:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat mir eine Eingabe über die Lage auf dem Lebensmittelmarkt gemacht, deren Umfang ich dankend beackte.

Wie ich aus ihren Darlegungen schließen darf, ist auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei davon überzeugt, daß wir uns insofern auf festem Boden befinden, als wir im Besitze ausreichender Vorräte von notwendigen Nahrungsmitteln sind. Diese Vorräte auf die zweckmäßigste Weise und zu angemessenen, auch für die minderbemittelte Bevölkerung erschwinglichen Preisen dem Verbrauch zuzuführen, ist die zu lösende Aufgabe. Alle zutreffenden Maßnahmen sind fest entschlossen, die Selbstregulation, die aus spekulativer Preistreibererei entspringt, mit allen Mitteln und ohne Ansehen des Standes oder Gewerbes zu beseitigen. Die bereits getroffenen Maßnahmen zeigen, daß die Regierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung zu diesem Zwecke vorstehenden Eingaben in den freien Verkehr nicht zurückseht. Wie dem Parteivorstand bekannt ist, werden weitere Maßnahmen folgen.

Darf somit die Bevölkerung volle Sicherheit haben, daß die Erwartung unserer Feinde, daß es ihnen gelingen könnte, uns durch Auszehrung zu überwinden, trügerisch sind, so wird sie sich doch täglich gegenwärtig halten müssen, daß das Steigen der Lebensmittelpreise über das normale Maß gewiß nicht bloß durch verwerfliche Gewinnucht veranlaßt ist, daß vielmehr auch besondere natürliche Ursachen, wie Knappheit der Futtermittel, zu beachten sind, und daß alle an diesem Weltkriege beteiligten Völker mehr oder weniger unter Verteuerung des Lebensunterhaltes zu leiden haben.

Wie ich persönlich die Sorgen, Entbehrungen und Opfer des uns aufgezwungenen Krieges tief mitempfinde und als Reichsanzler mit der Pflicht bewußt bin, alles zu ihrer Milderung zu tun, so darf ich auch erwarten, daß die Frage, um die allein es sich hier handelt, nämlich wie der Verbrauch der reichlichen Vorräte von Lebensmitteln zu erträglichen Preisen zu sichern sei, dem inneren Parteigetriebe entrückt bleibe. Reden in Volksversammlungen können dabei schwerlich viel nützen. Sicher aber ist, daß heftige Gärten und Ausbrüche des Mißmuts den von den feindlichen Regierungen über die wahre Kriegslage getäuschten Völkern als willkommene Zeichen der Erschlaffung der deutschen Widerstandskraft und Siegesgewißheit dargestellt werden würden. Wie jede deutsche Partei scheint mir auch die sozialdemokratische, die mehr als jede andere ihrem Programm nach dem Völkerverfrieden zustrebt, verpflichtet zu sein, alles zu vermeiden, was die Hoffnung unserer Feinde stärkt und somit zur unnötigen Verlängerung des Krieges beitragen könnte.

So hege ich die feste Überzeugung, daß sämtliche Parteien mit der Reichsregierung vereint auch in der Erörterung der besten Mittel zur Verbilligung des täglichen Haushalts den Opfermut und Heldentum daheim wie im Felde weiter pflegen werden, der die Grundlage unserer

* Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die Vorwoche

bisherigen Erfolge ist und uns bis zum siegreichen Ausgang des Krieges oberstes Gesetz bleiben muß.

In vorzüglicher Hochachtung

H. R.

Zuschüsse zur Rente der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern

Im Reichstag ist bekanntlich beantragt worden, die Renten für die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer zu erhöhen, und zwar in Ansehung an die Einkommensverhältnisse der betreffenden Familien. Die Regierung hat sich im Prinzip mit diesem Gedanken einverstanden erklärt, die Ausführung durch ein neues Gesetz aber während des Krieges für unmöglich erklärt. Bis zur gesetzlichen Regelung nach dem Kriege sollen aus Mitteln des Reiches aber einmalige Beihilfen gewährt werden. Wie inzwischen bekannt geworden ist, sollen solche Zuschüsse an die folgenden Hinterbliebenen von Militärpersonen gewährt werden:

1. An Witwen und Waisen, deren Gatte oder Vater als Offiziersstellvertreter gefallen ist, denen aber nur die Versorgung der Hinterbliebenen der Unterklassen gewährt werden konnte, obwohl der Gefallene bereits zum Feldwebelkandidat in Vorschlag gebracht war, und dessen Beförderung sich lediglich infolge der Zufälligkeiten des Krieges verzögert hatte;

2. an geschiedene Ehefrauen, die, schullos an der Ehescheidung, von ihrem Gatten unterhalten werden mußten;

3. an Eltern und Geschwister des Gefallenen, die für die Berufsausbildung des Sohnes oder Bruders ihr Vermögen oder erhebliche Teile davon geopfert hatten, in der Hoffnung, an dem Sohn oder Bruder später eine Stütze zu haben;

4. an uneheliche Kinder von Gefallenen oder infolge von Kriegsdienstbeschädigungen verstorbenen Kriegsteilnehmern, wenn die Unterhaltungspflicht des Vaters festgestellt oder bei nach dem Tode desselben Geborenen glaubhaft gemacht ist;

5. an Stief- und Adoptivkinder, für die der verstorbene Kriegsteilnehmer gesorgt hatte.

Die Witwen von im Kriegsdienst Verstorbenen sollen einen besonderen Zuschuß erhalten, wenn das Arbeitseinkommen des Mannes 1500 M pro Jahr überstiegen hatte. Die Zuwendung beträgt für die Witwe eines Gemeinen bei einem Einkommen von 1500-1600 Mark 50 M, 1601-1700 M 80 M, 1701-1800 M 110 M, 1801-1900 M 140 M, 1901-2000 M 170 M, und steigt dann bei je 100 M Mehreinkommen um je 10 M bis 350 M bei einem Einkommen von 3600 M. Wenn das Einkommen höher war als 3600 M, so sind etwaige Beiträge der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums zu unterbreiten. Die Zuschüsse für die Witwen von Unteroffizieren und Feldwebeln sind etwas anders geregelt, bei den höheren Einkommensstufen aber die gleichen. Die Kinder der Verstorbenen sollen ein Drittel, Wollwaisen ein Drittel desjenigen Betrages erhalten, den die Witwe erhält oder erhalten hätte. Die Gesamtsumme der Renten, also einschließlich aller Bezüge aus Reichs-, Staats- und Gemeindemitteln und der reichs-gesetzlichen Versicherung, dürfen 75 Prozent des Einkommens nicht übersteigen.

Verbandsnachrichten


Münster. Am 14. November fand für den Bereich der Verwaltungsstelle eine Sitzung sämtlicher Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und Baudelegierten statt. Die einzelnen Gruppen waren alle vertreten, die Sitzung war gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Schürmann, leitete die Verhandlungen. Nach Erledigung der geschäftlichen Arbeiten sprach der Kollege Werner-Paderborn über unsere Aufgaben in der Kriegszeit. Er behandelte einleitend die Ursachen des Weltkrieges, dann die heldenmütigen Taten der deutschen Armee und Flotte. Ausführlich besprach er die wirtschaftliche Umwälzung auf allen Gebieten des Erwerbslebens, die Anpassung an die neuen Verhältnisse in der Kriegszeit. Das Unterrichten hat sich glatt vollzogen, und aus dem großartigen wirtschaftlichen Organismus schöpft Deutschland immerfort neue Kraft gegen die Feinde, die es bedrohen. Die Erfolge solcher Organisation müssen vorbildlich sein für die Arbeiten unseres Verbandes. Redner gab sodann einen Überblick über die Arbeiten des Verbandes während der Kriegszeit, die geleisteten Unterstützungen an die Arbeitslosen und Kriegerfamilien; zu Weihnachten wird die fünfte Rate ausgezahlt. Zur Besserung der wirtschaftlichen Lage für die in der Heimat zurückgebliebenen Kollegen seien durch die Hauptverbände der hauptberuflichen Verbände Eingaben an den Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe gemacht worden, aber ungeachtet der großen Kriegsteuerung ist eine glatte Abklärung erfolgt. Auch die von den Behörden getroffenen Maßnahmen zur Förderung der Förderung haben den gewünschten Erfolg nicht gebracht. Unter solchen Umständen muß es erst recht allen Kollegen klar werden, welche Aufgaben wir innerhalb der Organisation jetzt und in Zukunft zu erfüllen haben. Die Ausführenden haben in den Herzen der Kollegen eine freudige Aufnahme und sie sprechen Keifall. In der folgenden Aussprache ergab sich, daß die Verwaltung, soweit es möglich war, stets die Interessen der Mitglieder und des Verbandes gewahrt hat. Dem hier und da Vorgefallenen entgegen sei, so muß in Zukunft dieses bekräftigt werden. Die Agitation muß immer stärker auf dem Arbeitsplatz, ferner müssen die rückständigen Mitglieder immer auf ihre Pflichten erinnert werden. Dem Bauernverband sei

mehr Achtung zu widmen, denn auch hier machen sich unliebsame Mißstände breit. Die reichliche Aussprache verfehlte ihre Wirkung nicht, und es gelobten sämtliche Anwesende, mit erneuter Kraft und Hingebung den übernommenen Vertrauensposten getreulich auszufüllen, damit die im Felde stehenden Kollegen nicht um den Bestand der Organisation zu bangen haben. Kollege Werner hielt alsdann ein kurzes Schlußwort; er dankte allen Vorständen, Vertrauensmännern und Baudelegierten für die beispiellose Treue. In starker Liebe und Treue zu einander werden wir die großen Opfer überwinden, welche diese große Zeit von uns fordert, aber auch nach dem Kriege treten Aufgaben an uns heran, deren Erfüllung große Kraft erfordert. Darum vorwärts in unermüdlicher Agitation, und der Erfolg bleibt nicht aus. Mit einem Dankeswort an den Referenten und die gesamten Vertrauensmänner schloß der Kollege Schürmann die gut verlaufene Sitzung.

Danzig. Am 17. November hielt die Zahlstelle der Maurer und Bauhilfsarbeiter ihre Mitgliederversammlung ab, die leider sehr schwach besucht war. Da der Vorsitzende am Erscheinen verhindert war, leitete Kolll. Dulski die Versammlung. Im ersten Punkt gab derselbe den Klassenbericht vom dritten Vierteljahr bekannt. Da die Revisoren die Klasse aufs genaueste geprüft und alles in bester Ordnung befunden hatten, konnte dem Vorstand die Entlastung ausgesprochen werden. Es wurde weiter beschlossen, den Kindern unserer im Heeresdienst sich befindenden Kollegen zu Weihnachten eine Freude zu bereiten dergestalt, daß für jedes Kind 1,50 M an die Mutter gegeben werden

würde gehen. Mögen sich die Kollegen das Beispiel unserer heutigen Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute zu Herzen nehmen, und in dankbarer Pflicht in Zukunft der Organisation etwas mehr Interesse entgegen bringen. Die Gesamteinnahmen der Zahlstelle betragen 4554,86 Mark. Es erfolgten 19 Neuaufnahmen von Mitgliedern und ein Uebertritt. Im Kartellbericht wurde mitgeteilt, daß in der letzten Sitzung die Wahl der Schöffen für das Amtsgericht Elberfeld stattfand, wozu auch ein Teil Bauarbeiter gewählt wurden. Ferner beteiligte sich das Kartell in eifriger Weise an der für die Stadt Elberfeld eingerichteten Kriegsversehrtenfürsorge und an der Lebensmittel-Versorgung. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Ludwig Pieh, 2. Vorsitzender Jos. Derichs; 1. Kassierer Jos. Wollweber; 1. Schriftführer Wilh. Strecker; Ersatz: Ludwig Suchsoll; Beisitzer: Gaston de Lobi; Revisoren: Wilh. Strecker und Kaspar Ruppert. Nachdem in Punkt Verschiedenes noch einige geschäftliche Angelegenheiten erörtert waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Wesel. Die Kriegszeit hat es mit sich gebracht, daß die Verbandsarbeiten nicht in der gewünschten Weise vor sich gehen konnten. Es ist erklärlich, weil die besten Kräfte fast alle der Fahne folgen mußten. Am meisten ist zu beklagen, daß eine regelrechte Versammlungstätigkeit nicht entfaltet werden kann. Der Vorstand versuchte die gewohnte Tätigkeit wieder zu fördern, und es wurden die Mitglieder zu einer Versammlung am 14. November eingeladen. Der Besuch konnte besser sein, denn es war kaum die Hälfte der Kollegen erschienen. Festgestellt wurde, daß die Arbeitslosigkeit bis jetzt eine ziemlich gute war, so daß arbeitslose Kollegen nicht vorhanden sind. Nach Erledigung der Verbandsgeschäfte hielt der Bezirksleiter Kollege Werner einen Vortrag über die Bedeutung der Organisation in der Kriegszeit. Er schilberte insbesondere die treue Hingabe der gesamten Werkmacht zum Wohle des Vaterlandes, und diesem Geiste entsprechend seien die Zurückgebliebenen verpflichtet, die Rechte zu wahren, welche in großer Mühe für die Bauarbeiterschaft errungen wurden vor dem Kriege. Es sei ja auch in Wesel in diesem Sinne gearbeitet, und immer seien die Lücken ausgefüllt worden, welche durch die Einberufungen in der Verwaltung entstanden waren. Die älteren Kollegen sind eingesparten und so müsse es auch ferner gehen, wenn noch weitere Einberufungen erfolgen sollten. Die Kollegen folgten mit Interesse den Ausführungen und versprachen, in diesem Sinne zu wirken. Aus der Abrechnung des 3. Quartals geht hervor, daß am Schlusse des 3. Quartals 17 Kollegen vorhanden waren und wurden verkauft 100 Beitragsmarken zu 55 Pfg., 100 Beitragsmarken zu 65 Pfg., und 17 Arbeitslose, in Summa 124,25 Mk. Der Hauptkassier wurden zugesandt 67,51 Mk., für Krankenkassenbeitrag 38,10 Mk. vorausgibt. Der Bestand der Kassenkasse ist 469,27 Mark. Am Schluß der Versammlung dankte Kollege Werner allen Kollegen für die Mitwirkung in der Verwaltung. Mit einem Appell an die Kollegen wurde die Versammlung geschlossen.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

August Krieter aus Brochthausen.
Jos. Möller aus Rasdorf.
 Verwaltungsstelle Bochum.

Valentin Heinisch, Ritter des Eisernen Kreuzes.
Johann Nowak, Ritter des Eisernen Kreuzes.
August Nowak.
 Zahlstelle Oberglogau.

Karl Miffing.
 Zahlstelle Lichtringen.

Heinrich Uferferdt.
 Zahlstelle Dohnhausen.

Jos. Oedwarth.
 Zahlstelle Wauzen.

Eusebius Mitulla, Ritter des Eisernen Kreuzes.
Johann Pisarczyk.
 Zahlstelle Friedersdorf.

Jos. Skupin.
Peter Urbrinski.
Franz Vininda.
 Zahlstelle Groß-Wartenberg.

Karl Raphael aus Kl.-Gräblich.
 Zahlstelle Glogau.

Jos. Müller.
 Verwaltungsstelle Gelfentkirchen.

August Bode.
 Zahlstelle Brilon.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 1430 brave Kollegen entzissen.

ollen; gleichzeitig, um die Kassenkasse nicht ganz zu leeren, wurde beschlossen, daß ein jeder Kollege 1 M extra zu zahlen hat, die ihm durch Kriegermarken zu 20 Pf. quittiert werden. Dann erklärte sich die Versammlung mit dem Vorschlage des Ortskartells, einen Konsumverein ins Leben zu rufen, einverstanden. Es soll damit der ungerechtfertigten Preistreibererei am Lebensmittelmarkt entgegenzuwirken werden.

Elberfeld. (Maurer und Hilfsarb.) Am Sonntag, den 7. November, fand im Verbandslokal unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Jahresbericht, 2. Klassenbericht, 3. Kartellbericht, 4. Vorstandswahl, 5. Verschiedenes. Zu Punkt 1 ist folgendes zu bemerken: Im Berichtsjahre haben acht Versammlungen stattgefunden. Es war dem Vorstand stets daran gelegen, das Organisationsleben wachzuhalten. Hätten die Kollegen den Versammlungen etwas mehr Interesse entgegengebracht, dann könnten dieselben regelmäßiger stattfinden, und wäre dann die weiche Ertragslosigkeit für die in der Heimat weilenden Mitglieder sowohl wie die im Felde stehenden geschehen. Bereits die Hälfte der Mitglieder hat den Arbeitsmittel mit dem Wassermittel vertauscht, darunter ein großer Teil Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute. Für die letzten Punkte wurde außerdem Ersatz geschaffen. Dank der langjährigen Erziehungsarbeit haben sich immer bereitwillige Kollegen, des Jahres Amt eines Vertrauensmannes anzunehmen. Die alten Vertrauensmänner der Organisation haben mit Eifer und Mut wieder zur Arbeit gekehrt, sie haben auch aus früheren Jahren gelieferte Mark, und so konnte es auch trotz der jahrelangen Zeit vor-

Bekanntmachungen

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 28. November, der 30. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig ist.

Verwaltungsstelle Münster i. W.

Die Sprechstunden auf dem Verwaltungsstellenbureau, Sonnenstr. 69, finden von jetzt ab wie folgt statt: Montags, Freitags und Samstags des Nachmittags von 5 bis 7 Uhr. In dringenden Fällen, wollen sich die Mitglieder, Bremer Str. 57, auf dem Bureau der Konsumgenossenschaft „Eintracht“ melden.
Der Verwaltungsvorstand.
 J. A.: R. Knospa.

Bekanntmachung

Die statutarische Militärunterstützung ist eine persönliche, keine Familienunterstützung. Ihre Auszahlung erfolgt daher in der Regel nur an die Mitglieder direkt. An Eltern eines Mitgliedes wird sie nur gezahlt, wenn das betreffende Mitglied selbst, dem Zentralvorstand dazu den Auftrag gibt, und im Falle des Ablebens eines Mitgliedes, wenn der Lob nach dem Fälligkeit der ersten Rate eintritt. Da das Nachsenden der Unterstützung ins Feld viele Scherereien zur Folge haben kann, wird sie den im Felde stehenden Mitgliedern nicht zu Weihnachten zugesandt, sondern gelangt mit der zweiten Rate nach der Entlassung vom Militär zur Auszahlung. Nach Garnisonorten und Lazaretten im Inlande wird sie auf Wunsch gesandt.
Der Zentralvorstand.
 J. A.: Jos. Biedberg.